

Zum Rückbaubeschluss der „Zementbrücke“ am Grüneberg

Im Dezernatsausschuss IV wurde vergangene Woche eine Vorlage diskutiert, die ich auf diesem Wege kommentieren möchte, weil ich aus beruflichen Gründen nicht teilnehmen konnte.

Ich möchte hier keine Umschweife machen: Die Begründung, mit der der Abriss der „Zementbrücke“ von der Verwaltung gerechtfertigt wird, ist in meinen Augen ein Skandal! Dreister kann man kaum die Tatsachen verdrehen, um die es den Kürenzer Bürgerinnen und Bürgern seit Jahrzehnten geht.

So schreibt die Stadtverwaltung in ihrer Vorlage: „Die namenlose Gemeindestraße / Verbindungsstraße zwischen Metternichstraße und der Straße am Grüneberg einschließlich des Verkehrsweges über das Brückenbauwerk [...] wird [...] wegen mangelndem öffentlichen Verkehrsbedürfnis und Vorliegen überwiegender Gründe des öffentlichen Wohls eingezogen.“ Sodann: „Ein öffentliches Verkehrsbedürfnis für die Verbindungsstraße hat allerdings zu keiner Zeit bestanden.“ Auch an anderen Stellen werden wiederholt Formulierungen gebraucht, die auf einen „Mangel des öffentlichen Verkehrsbedürfnisses für die Verbindungsstraße“ hinweisen sollen, wodurch „die Einziehung des Verkehrsweges“ gerechtfertigt wäre. Zudem wird sogar mit dem Argument des „nicht benötigten Verkehrswegs“ begründet, dass nicht einmal (neue) „Investitionen (Brückenerneuerung)“ im öffentlichen Interesse lägen!

Letzt genannter Begründungszusammenhang verkehrt sogar die tatsächlichen Verhältnisse in ihr glattes Gegenteil!

Während der gesamten Umbaumaßnahmen in der Avelsbacher Straße und im Avelertal im Vorfeld der Landesgartenschau wurde der Individualverkehr wechselweise in beide Richtungen über den Grüneberg und die Zementbrücke geleitet. Von dem ehemaligen Baudezernenten Herrn Dietze rührt zudem der Vorschlag, die zukünftige Umgehungsstraße Kürenz über die schon bestehende Anbindung über den Grüneberg zu führen, verbunden mit einem neuen Brückenbauwerk über die Bundesbahngleise. Diese Variante erhielt den höchsten Wirtschaftlichkeitskoeffizienten in einer Untersuchung, die von der Stadtverwaltung in Auftrag gegeben wurde.

Angesichts der gegenwärtigen Situation, die dadurch gekennzeichnet ist, dass die sogenannte „kleine Lösung“ von den Kürenzern selbst abgelehnt wurde und im letzten Monat die von den Kürenzern favorisierte „Tunnelvariante“ durch Planungen der Stadtverwaltung verunmöglicht wurde, ist es überaus unverschämt davon zu sprechen, dass „ein mangelndes öf-

fentliches Verkehrsbedürfnis“ für diesen Verkehrsweg über die Gleise vorläge – und das zu jeder Zeit!

Noch Anfang des Jahres haben Bürger/innen auf einer Fragestunde des Stadtrates darauf hingewiesen, dass die Brücke erhalten werden solle oder die Planungen für die Umgehungsstraße endlich realistisch vorangetrieben werden sollten.

Die wahren Gründe für den Abbruch werden der Verwaltungsvorlage jedoch auch kurz genannt:

„Auf Grund weiterer Untersuchungen der Standsicherheit musste im Jahr 2009 die Brücke wegen drohender Einsturzgefahr für jeglichen Verkehr gesperrt werden. [...] Die Schäden betreffen sämtliche Brückenteile vom Widerlager, über die Haupt- und Querträger bis zum Tragebogen.“ Diese Gründe sind verifizierbar und somit auch voll und ganz nachvollziehbar! - Allerdings sind das vollkommen andere Gründe als die zuvor genannten.

Wenn schon für die Anbindung an die „Zementbrücke“ keine „Investition [...] für einen nicht benötigten Verkehrsweg“ nötig seien, müsste man zu dem Ergebnis kommen, es bestünde keinerlei Handlungsbedarf, die Umgehungsstraße Kürenz je überhaupt zu realisieren, – so die Verwaltung unter Verdrehung der wahren Bedürfnisse in Kürenz!

Wie gesagt: Diese Begründung ist nicht nur taktlos, sondern sie ist auch falsch! Von Tag zu Tag wird das öffentliche Bedürfnis größer, weil der Verkehr aufgrund weiterer Bautätigkeiten oberhalb der Kohlenstraße beständig zunimmt und weiter auch zunehmen wird! (Der Lärmschutz in der Avelsbacher Straße ist mittlerweile durch stehenden Verkehr gewährleistet!)

Dass man von Seiten der Stadtverwaltung erst nach dem Abbruch der Zementbrücke mit der Deutschen Bahn „über die Übernahme von 50% der Kosten zu verhandeln“ beginnen möchte, ist für die meisten Bürgerinnen und Bürger zudem ein nur schwer verständlich zu machender Umstand. Wurde doch „die ehemalige Brücke der Deutschen Bahn im Jahr 1994 per Gesetz an die Stadt Trier abgetreten“, um bei einem damals noch vorgesehen Börsengang der Bundesbahn kurzfristige Gewinnsteigerungen ausschreiben zu können. Dadurch hat sich die Bahn kurzer Hand „bundesweit“ aller Finanzverpflichtungen, die in naher Zukunft in Bezug auf ihre maroden Brücken anfallen könnten, entledigt. Nun aber ist es soweit!

Auf Kosten der Trierer Bürgerinnen und Bürger wird hier wiederholt auf allen Ebenen Politik verwaltet, statt bürgernah gestaltet.

Aus diesen Gründen werde ich der Vorlage sowohl im Ortsbeirat als auch im Stadtrat entschieden nicht zustimmen!

2. Mai 2010

Johannes Verbeek